64. Jahrgang. № 89. Dienstag, 30. März 1920.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Vororten bei täglich zweimal. Zutragung monatl. 4,50 M., vierteljährlich 13,50 M., durch d. Post bei tägl. zweimal. Versand monatl. 4 M., vierteljährl. 12 M.

Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 37 mm breite Zeile 1,50 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- und Verkäufe 25%. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer: 20 Pf.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 10395 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Café Wobst
3 Altmarkt 3
Täglich erstklassige Künstler-Konzerte.
5-Uhr-Tee.

KIOS
CIGARETTEN

Europäischer Hof Restaurant
Täglich Konzerte
„ 5-Uhr-Tee „

Ein Waffenstillstandsangebot des Ruhrzentralrates.

Die Regierung lehnt weitere Verhandlungen ab.

Hagen, 29. März. In einer Versammlung der drei sozialistischen Parteien von Hagen, Iserlohn, Lüdenscheid, Witten, Lennep und Remscheid wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: „Die organisierten Arbeiter wenden sich gegen den Terror von rechts wie von links und sagen sich von der Zentrale in Mülheim los. Sie sind bereit, äußerstenfalls mit den Waffen unter republikanischer Führung gegen Mülheim zu kämpfen, weil deren unverzeihliche Handlungsweise eine Gefahr für den Industriebezirk bedeutet."

Die Führer der kämpfenden roten Truppen an der Front von Wesel finden bei keiner Partei Anschluß. Dortmund und Elberfeld-Barmen wurden entwaffnet. Die Kämpfe auf dem Abschnitt Wesel sind verstummt. Seit gestern nacht herrscht Waffenruhe. Der Zentralrat der Vollzugsräte von Rheinland und Westfalen hat an die Reichsregierung telegraphisch ein Waffenstillstandsangebot gemacht. Darauf ist vom Reichskanzler Müller folgende Antwort eingegangen:

„Weitere Verhandlungen sind mit Rücksicht auf die Bielefelder Abmachungen und die Lage im Industriegebiet unmöglich. Die Erfüllung der von der Reichsregierung gestellten Bedingungen ist die einzige Lösung. Die Regierung verweist auf neue Verhandlungen des Wehrkreiskommandos VI unter rückwirkender Kraft. Die Frist läuft bis Dienstag mittag."

Die Polizei in Essen hat am Sonnabend abend ihren Dienst wieder aufgenommen, jedoch unbewaffnet.

Die Forderungen des rheinischen „Zentralrates"

Essen, 28. März. Seit gestern nacht herrscht Waffenruhe, nachdem der Zentralrat der Vollzugsräte von Rheinland und Westfalen an die Reichsregierung telephonisch ein Waffenstillstandsangebot gemacht hat. Dieses Angebot ist bis zur Stunde noch nicht beantwortet worden. In Essen fand heute eine aus ganz Rheinland und Westfalen beschickte Konferenz des Zentralrates der Vollzugsräte statt. Es wurde beschlossen, Verhandlungen mit der Reichsregierung nur auf der Grundlage der augenblicklichen Gefechtslage (!) zu führen. Die Arbeiterschaft werde die Waffen unter keinen Umständen aus der Hand geben und kein Jota von den bisherigen Erfolgen preisgeben. Die Kampfstellung soll so lange gehalten werden, bis die Verhandlungen mit der Reichsregierung zum Erfolge geführt haben. Es wurde weiter eine Entschließung angenommen, in der als Mindestforderungen aufgestellt werden für die Verhandlungen mit der Reichsregierung: Entwaffnung und Auflösung aller Truppen, Bildung von Arbeiterwehren. Verwahrung sämtlicher Waffen unter ständiger Kontrolle der Arbeiterräte.

Der Verband und die Ruhrereignisse.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Rotterdam, 29. März. Eine Reuterdepesche von gestern meldet: Die Alliierten-Kabinette haben Marschall Foch die Ermächtigung erteilt, gegenüber der dem Versailler Vertrag zuwiderlaufenden Bewaffnung der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet, die im Vertrag vorgesehenen Sicherungen zu ergreifen. Eine Anordnung zum Einmarsch in die neutrale Zone behalten sich die Alliierten vor.

Genf, 29. März. Im Heeresausschuß der Kammer teilte der Kriegsminister am Mittwoch mit, daß nach einer Anordnung des alliierten Kabinetts die Besatzungsarmee in Deutschland wegen der bolschewistischen Ereignisse in der neutralen Zone um insgesamt 22000 Mann verstärkt worden ist.

Die Kosten für die feindlichen Besatzungstruppen hat bekanntlich das deutsche Volk zu tragen.

Die französischen Absichten auf das Ruhrgebiet.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 29. März. Der Widerstand der englischen Regierung hat Italien und Japan ebenfalls veranlaßt, den französischen Vorschlag, das Ruhrgebiet von den Alliierten besetzen zu lassen, abzuweisen. Das „Echo de Paris" schreibt, nun ständen deutsche Truppen in der neutralen Zone, die nicht mehr von Deutschland respektiert werde, und die Kohlenlieferungen an Frankreich würden täglich immer geringer. Es werde schwierig sein, die Deutschen dann wieder aus dem Ruhrgebiet zu vertreiben.

Eine französische Ansicht über die spartakistische Bewegung.

Basel, 29. März. Die französischen Zeitungsberichterstatter im Rhein- und Ruhrgebiet melden ihren Blättern, daß die dortige spartakistische Bewegung viel weniger umstürzlerischen als preußenfeindlichen Charakter habe. Spartakismus wolle Deutschland von der Preußenherrschaft befreien. Pariser Blätter fordern die französische Regierung auf, unter diesen Umständen die Unruhen im Rhein- und Industriegebiet mit besonderer Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Die Auslandsgetreidelieferungen vor dem Abschluß.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 29. März. Nach Mitteilung in der Fraktionssitzung der Mehrheitssozialisten stehen die Abschlüsse des Reiches über Getreidelieferungen durch das Ausland unmittelbar vor ihrem Abschluß. Die Ankäufe des Reiches im Ausland sollen die Brotversorgung bis Anfang Juli sicher stellen.

Der Untersuchungsausschuß.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 29. März. Der erste Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses wollte seine öffentlichen Vernehmungen am 28. d. M. beginnen, der zweite Unterausschuß seine Vernehmungen etwa am 18. April fortsetzen. Durch die politischen Vorgänge sind jedoch diese Pläne gestört worden. Ebenso hat der Generalstreik verhindert, daß die Dokumente fertiggestellt wurden, die sowohl der erste wie der zweite Unterausschuß veröffentlichen wollten. Es ist jedoch zu hoffen, daß die Veröffentlichung der Urkunden in absehbarer Zeit erfolgen kann.

Das Verfahren gegen die Kapp-Anhänger.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 29. März. Unterstaatssekretär v. Falkenhausen, der während des Kapp-Putsches die Geschäfte der Reichskanzlei führte, ist auf Anordnung des Oberreichsanwalts am 25. d. M. in Brandenburg verhaftet und nach Leipzig gebracht worden, wo er bereits vom Untersuchungsrichter vernommen wurde. Die Vermögensbeschlagnahme gegen die angeschuldigten Teilnehmer am Kapp-Lüttwitzschen Putsch ist ebenfalls am 25. März vom Ersten Strafsenat des Reichsgerichts beschlossen worden. Wegen der Kieler Vorgänge ist die Voruntersuchung gegen Admiral a. D. v. Levetzow, Major a. D. v. Winterfeldt, Oberbürgermeister Lindemann, Regierungspräsident Pauli in Schleswig und Landrat Freiherr v. Löwe angeordnet worden. Admiral v. Levetzow ist verhaftet, Regierungspräsident Pauli in Schutzhaft genommen worden. Die übrigen Angeschuldigten sind geflüchtet. Die Haftbefehle gegen die am Putsch Beteiligten sollen nicht nur im Fahndungsblatt, sondern auch in den Tageszeitungen und an den Anschlagsäulen veröffentlicht werden. Für sachdienliche Bekundung über ihren Aufenthalt, sowie auch für Ergreifung eines Angeschuldigten wird eine Belohnung von jedesmal bis zu 10000 Mark ausgesetzt. General v. Lüttwitz, gegen den schon am 18. März General v. Seeckt, der neue militärische Oberbefehlshaber, die Schutzhaft angeordnet hatte, ist geflüchtet und spurlos verschwunden. Nunmehr hat die zuständige Militärgerichtsstelle, die Kommandantur Berlin, einen förmlichen Haftbefehl gegen den General erlassen.

Entlassene Offiziere.

Berlin, 29. März. Wie wir aus dem Reichswehrministerium hören, haben infolge der letzten Ereignisse nachstehende Offiziere ihre Verabschiedung eingereicht bzw sind in ihren Stellungen ersetzt worden: Generalleutnant v. Estorff, Generalleutnant v. Bernuth, Generalmajore v. Grodek, Freiherr v. Diepenbroick, Grüter, v. d. Hardt, Maercker, v. Lettow-Vorbeck und Hagenberg, die Obersten Freiherr v. Wangenheim, v. Oven und Freiherr v. Lebebour in Hamburg, Oberstleutnant v. Klewitz, die Majore v. Miaskowski und Hagemann. Die Frage, wieweit diese Offiziere durch ihr Verhalten während der letzten Vorgänge belastet sind, wird eingehend geprüft. Gegen den früheren General v. Lüttwitz ist seitens der zuständigen Militärgerichtsbarkeit ein Haftbefehl erlassen worden. (W. T. B.)

Die Hilfe der Neutralen.

Haag, 29. März. Der Präsident der Niederländischen Bank hielt gestern mittag eine Rede, in der er u. a. erklärte: Die kleinen Staaten wären zur Hilfeleistung bereit, aber die Kommission für die Entschädigung in Paris verlangt Zusicherungen für die Forderungen der Entente. Dieser Wunsch wurde von den kleinen Staaten nicht erfüllt. Man beschloß prinzipiell, eine gemeinsame Anleihe zu organisieren und diese unter die hilfsbedürftigen Länder zu verteilen. Der Plan, eine allgemeine Weltwährung zu schaffen, ist an praktischen Schwierigkeiten gescheitert, so daß jedes Land in seiner eigenen Währung Kredite erhalten wird. Demgegenüber haben Frankreich und England Protest eingelegt. Aber jetzt wird der Vorschlag erwogen, daß alle Länder in Paris eine allgemeine Kommission zur Verteilung von Waren bilden sollen. Jedem Lande sollen in eigenem Gelde Kredite gewährt werden. Diese Kredite erhalten aber alle eine internationale Garantie. Amerika hat bereits zu diesem Zwecke 55 Millionen Dollars zur Verfügung gestellt.

Eine Wendung in der Hohenzollernfrage?

Berlin, 29. März. Der „Dena" wird aus dem Haag gemeldet: Infolge der Vorgänge in Deutschland rechnet man in holländischen Kreisen mit einer neuen Wendung in der Hohenzollernfrage. Die demokratischen Parteien in Holland hätten ihre Ansicht über die Frage der Auslieferung des ehemaligen Kaisers geändert, und gegenwärtig könne die Regierung nicht mehr unbedingt auf ihre Unterstützung zählen.

Nationalversammlung und politische Lage.

Die Nationalversammlung findet bei ihrer Wiedereröffnung keine freie Regierung vor, sondern eine, die mit gebundener Marschroute marschieren muß, nach den Wegemarken, die durch die neun Punkte bezeichnet werden. Hinter jeder der in den neun Punkten enthaltenen Forderungen haben die Gewerkschaften ein drohendes und unerbittliches „Bei Gefahr des Generalstreiks" gesetzt, und sich klipp und klar dahin ausgesprochen, daß, wenn auch nur ein Punkt nicht erfüllt wird, unweigerlich die Generalstreikparole zu gewärtigen ist. Die Mehrheitssozialisten hoffen vielleicht im stillen, daß es in der Praxis nicht ganz so arg kommen, sondern auch hier die alte Regel sich bestätigen werde: „Es wird nichts so heiß gegessen, wie es gekocht ist". Der Pakt ist aber einmal geschlossen, und die Mehrheitssozialdemokratie wird wohl kaum in die Lage geraten, die ihr von den Gewerkschaften angelegten Fesseln einfach wieder abzustreifen. Der Ton wenigstens, den der alte, sonst so gemäßigte Führer Legien bei den diesmaligen Verhandlungen angeschlagen hat, läßt nicht darauf schließen, daß die Gewerkschaften ruhig zusehen würden, wenn die Regierung versuchen sollte, die neun Punkte durch Nichtgebrauch außer Uebung zu setzen. Legien soll sich sehr despektierlicher Ausdrücke über Ebert und Bauer bedient und in brüsker Form erklärt haben, die Gewerkschaften wollten nun die Regierung selbst in die Hand nehmen. Aus dieser schroffen Haltung Legiens erhellt der starke Zug nach links, der allmählich auch die Gewerkschaftsbewegung erfaßt hat und sie mehr und mehr dem Radikalismus in die Arme treibt.

Wie die Regierung, die ja trotz der Neubildung der Qualität nach ganz die alte geblieben ist, es jemals bringen will, trotz ihrer Bindung durch die neun Punkte noch selbständige Politik, nötigenfalls auch gegen den Radikalismus zu treiben, ist nicht einzusehen, nachdem sie im Widerstand gegen die äußerste Linke schon in der Zeit, wo die neun Punkte noch nicht in Kraft waren, völlig versagt hat. Bisher sind die angeblich regierenden, in Wirklichkeit aber vom Radikalismus regierten Gewalten vor diesem noch immer mutig zurückgewichen. Nachdem der vorjährige Kommunistenaufstand mit Waffengewalt unterdrückt war, hatte die Regierung, statt fortgesetzt Festigkeit bis zum äußersten zu zeigen, nichts Eiligeres zu tun, als Zugeständnisse an den Radikalismus von der größten grundsätzlichen Bedeutung zu machen, und zwar durch den Erlaß des Sozialisierungsgesetzes und die Verankerung des Rätesystems in der Verfassung. Wie es mit der „Energie" der leitenden Kreise in der jetzigen Krise bestellt ist, zeigen die Abmachungen mit den Gewerkschaften und die Bedingungen des Bielefelder Waffenstillstands.

Von den bürgerlichen Koalitionsparteien sind die Demokraten schwer diskreditiert durch ihre Zustimmung zum Generalstreik während des Berliner Putsches. Die „Köln. Zeitung" erklärt, daß sie zu allen Zeiten das „Schwierigkeitsmoment" gebildet hätte, und wirft ihnen vor, daß durch ihre Generalstreikparole das Bürgertum verraten worden sei. In demokratischen Parteikreisen ist man gegen diese Anklage nicht ganz unempfindlich und möchte gern das Odium der bürgerlichen Unzuverlässigkeit von sich abschütteln. Aus dieser Stimmung heraus ist die demokratische Erklärung zu verstehen, die sich gegen die von den Parteiführern abgeschlossene Vereinbarung mit den Gewerkschaften richtet und besagt, die Durchführung der neun Punkte dürfe nur auf dem Boden und im Rahmen der Reichsverfassung und unter Wahrung der demokratischen Gleichberechtigung aller Volksgenossen, sowie unter gebührender Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse unserer notleidenden Volkswirtschaft erfolgen. Dem Zentrum scheint die jetzige Wirtschaft stark auf die Nerven gefallen zu sein. Ein sehr saftiger Artikel der „Köln. Volksztg." sprach von Berliner „Erpresserpolitik" und erklärte kategorisch, die Zentrumsfraktion der Nationalversammlung müsse der wahren Stimmung der Wählerschaft Rechnung tragen und ein entschiedenes Nein! Unter keinen Umständen! sprechen; die geringste Konzession in der Richtung einer Diktatur der Arbeiter werde die Verfassung in die Brüche gehen lassen. Unmittelbar darauf folgte ein zweiter Artikel, der, offenbar unter einem von der Berliner Parteileitung ausgeübten Druck, im Tone gemäßigter war, aber in der Sache fest blieb durch die erneute Betonung des springenden Punktes der Lage, der in der großen grundsätzlichen Bedeutung der Frage in die Erscheinung trete, ob eine bestimmte Bevölkerungsklasse das Recht haben soll, ganz einseitig und außerhalb jeglichen staatsrechtlichen Rahmens einen Einfluß auf die Regierungsbildung auszuüben. Gleichzeitig empfahl das leitende Zentrumsorgan den Mehrheitssozialisten größere Mäßigung. Das läßt denn doch darauf schließen, daß es sich nicht bloß um Theaterdonner und parteitaktische Manöver handelt, sondern daß wirklich die Stimmung der bürgerlichen Wählerschaft dabei zum Durchbruch kommt. Die Frage ist nur, ob sich die Fraktion dadurch beeinflussen läßt.

SLUB
Wir führen Wissen.